

Umsiedlungen im Rheinischen Braunkohletagebau

Eine Frage der Umweltgerechtigkeit?

Lukas Beckmann & Helene Helix Heyer

1. Braunkohlebedingte Umsiedelungen im Rheinland

Im Westen Deutschlands, zwischen Aachen, Mönchengladbach und Bonn, liegt das rheinische Braunkohlerevier. Der Braunkohletagebau, umgangssprachlich auch als *das Loch* bezeichnet, ist Teil des Arbeitens und des Alltags vieler Menschen in der Region. Gleichzeitig führen Berg- und Braunkohleabbau auf lokaler und globaler Ebene zu Umweltungerechtigkeiten (Özkayanak/Rodríguez-Labajos/Aydin 2015: 61), zu Partizipationsfragen, sowie zu Verteilungsfragen bezüglich Nutzen und Lasten des Bergbaus sowie in Hinblick auf Umwelt- und sozioökonomische Folgen. Die Konfliktodynamiken um braunkohlebedingte Umsiedlungen werden am Beispiel des rheinischen Braunkohlereviere in diesem Kapitel erörtert. Dabei greifen wir auf den Vorschlag Walkers (2012: 60f.) zurück, Umweltgerechtigkeit als multidimensionales Konstrukt zu begreifen und folglich nicht nur die klassische Verteilungsdimension von Gerechtigkeit zu adressieren, sondern auch Prozess- und Anerkennungsebene zu analysieren (Hein/Dünckmann 2020; allgemein dazu Agyeman et al. 2016). Methodisch greift unser Beitrag auf ethnographische Ansätze zurück.

Mit einer jährlichen Fördermenge von 40 Millionen Tonnen Braunkohle steht das rheinische Revier europaweit an der Spitze der Braunkohleförderung (Deutscher Naturschutzring 2016). So wird seit den 1950er Jahren im rheinischen Revier auf mittlerweile rund 125 km² Braunkohle gefördert und in den nahegelegenen Kraftwerken durch Verbrennung verstromt. Aufgrund bergbaulicher Inanspruchnahme wurden im Zeitraum von 1952 bis 2021 zwischen 43.000 und 44.000 Menschen aus mehr als 130 Ortschaften umgesiedelt (BUND NRW 2021; RWE AG o.J.) und die abgetragenen Orte dem

Tagebau zugeführt. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um braunkohlebedingte Umsiedlungen wird dies unter dem Stichwort »erzwungene Umsiedlung« (*mining induced displacement and resettlement*) zusammengefasst (Ess 2019; Flor 2016).

Oft sind bergbaubedingte Umsiedlungen von ökonomischen Interessen getrieben (Mandishekwa/Mutenheri 2020: 121), mit entsprechend ungleicher Verteilung der sozialen Kosten und des erwirtschafteten Gewinns. Die betroffenen Regionen und Ortschaften werden auch als »*energy sacrifice zones*«¹ (Lerner 2012: o.S.) diskutiert, welche im Zuge der Energiewende im Spannungsfeld von Energiebedarf und (nachhaltiger) Energiegewinnung zu verorten sind (Hernández 2015). Lerner beschreibt mit dem Begriff »Kommunen«, die aufgrund rassistischer Zuschreibungen oder eines geringen Einkommens, im Vergleich zu den benachbarten Gemeinden besonders von Umweltverschmutzung, gezielter Ansiedlung von Müllhalden oder Schwerindustrie betroffen sind (Lerner 2012: 2ff.). Ergänzend dazu beschreiben Goodman/Marshall/Pearse (2016: 9) Energieopferzonen als Räume, die bewusst für den Kohleabbau genutzt werden, um zum Wohle aller Energie erzeugen zu können. Folglich wird die betroffene Region bewusst »geopfert« und die dortige Umwelt, Landschaft und das soziale Gefüge zerstört, um Energiesicherheit zu gewährleisten.

Wir konzeptualisieren das sogenannte rheinische Revier als eine Energieopferzone entlang derer die Umweltgerechtigkeitsdimensionen Verteilung, Partizipation und Anerkennung ausgehandelt, analysierbar und besprechbar werden. Aus unserer Sicht sind hier insbesondere die fortlaufenden gesellschaftlichen Verhandlungen der Konfliktlinien *Allgemeinwohl* vs. *Enteignung* zentral.

Unsere qualitative Studie hat das Ziel, die vielfältigen Perspektiven der Protestgruppierungen auf Umsiedlungen im rheinischen Revier mit dem Konzept der Umweltgerechtigkeit zu verknüpfen. Damit erhoffen wir uns ein besseres Verständnis für die Dynamiken im Anti-Braunkohle-Protest in Deutschland. Die zentrale Frage unserer empirischen Studie lautet daher: Welche Bezüge zu Umweltgerechtigkeit stellen die Protestgruppierungen im Kontext der Umsiedlungen her? Im Kern lassen sich entlang aller Umweltgerechtigkeitsdimensionen Bezüge erkennen, die jedoch wesentlich komplexer strukturiert sind als dies die Theorie der Umweltgerechtigkeit von Walker (2012) annimmt.

1 Im Folgenden »Energieopferzonen«.

Auf den folgenden Seiten geben wir zunächst einen kurzen Überblick über Umsiedlungen als Konfliktfälle im Rahmen von Bergbaumaßnahmen im Rheinland (Abschnitt 2). Es folgt ein kurzer Abriss der hier in Anschlag gebrachten Theorie der Umweltgerechtigkeit im Anschluss an Gordon Walker. In Abschnitt 4 führen wir in die zentralen Akteur:innen und Akteurskonstellationen ein und nehmen eine Differenzierung der Protestlandschaft vor. Nachdem einige methodologische Bemerkungen zu Feld und Vorgehen folgen (Abschnitt 5), analysieren wir schließlich das *claim-making* der Protestgruppierungen entlang der drei Gerechtigkeitsdimensionen Walkers (Abschnitt 6). Wir schließen mit einem kurzen Fazit in Abschnitt 7.

2. Die Umsiedlung als Konfliktfall

Fast ein Drittel der europaweiten Umweltkonflikte sind Bergbaukonflikte (Kivinen/Kotilainen/Kumpula 2020: 167f.). Weltweit wird eine stetig wachsende Zahl von Konflikten beobachtet (Kivinen/Kotilainen/Kumpula 2020: 173), welche entlang des gesamten Extraktionsprozesses auftreten (Urkidi/Walter 2011). Im ›globalen Norden‹² betrachten einzelne Studien Landnutzungskonflikte rund um den Kohletagebau bspw. in Tschechien (Adams/Shriver/Longest 2020; Frantál 2016) oder mittels quantitativer Methoden (Conde/Le Billon 2017). In Deutschland beschäftigen sich die meisten Studien mit der Lausitz (Morton 2021; Müller 2017, 2019). Für das rheinische Tagebauggebiet hingegen stehen bislang in erster Linie Kompensationsmaßnahmen des Tagebaubetriebs RWE im Fokus der Analysen (Brock 2020) sowie Tagebaubetriebe als strategisch auftretende Akteur:innen (Brock/Dunlap 2018). Die Analysen der Protestlandschaft beschränken sich bisher maßgeblich auf einzelne Protestakteur:innen oder bilden aktuelle Entwicklungen in der Region kaum ab (zuletzt v.a. Kehren 1994).

In den frühen Jahren des Braunkohleabbaus wurde dieser im Rheinland zunächst positiv und als wirtschaftlicher Treiber für Arbeitsplätze und Energiesicherheit wahrgenommen (von Jorck 2008). Erst mit der Eröffnung des Tagebaus Hambach im Jahr 1978 regten sich Proteste gegen »das größte Loch der Welt« (Jansen/Schubert 2014: 61). Die Proteste beinhalteten zunächst eine

2 Für den ›globalen Süden‹ siehe stellvertretend für viele andere Kemp, Owen und Collins (2017), Kesselring (2018), Dietz und Roa (2021).

Befassung mit der Entschädigungspraxis des Tagebauunternehmens Rheinbraun (heute RWE) und Exkursionen zu den umzusiedelnden Orten sowie eine Auseinandersetzung mit den ökologischen Folgen der Sümpfung als Form der kontrollierten Grundwasserabsenkung. Mit steigendem Bekanntheitsgrad der Anti-Kohleproteste und den Negativfolgen des Braunkohleabbaus verfestigte sich die Zusammenarbeit der Betroffenen der Kohleregion mit dem BUND NRW, später auch mit der Partei *Die Grünen* und teils mit kirchlichen Gruppen. Der organisierte Protest erzeugte mediale Aufmerksamkeit für die sozialökologischen Folgen des Braunkohleabbaus, die jedoch selten über die Region des rheinischen Reviers hinausragte (Jansen/Schubert 2014). Erst mit einer landesweiten Vernetzung von Protestgruppen und einer Verknüpfung mit den Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels erfährt der Anti-Kohle-Protest bundesweit Aufmerksamkeit, insbesondere seit 2010 durch die aktivistischen Klimacamps im Rheinland oder die Besetzungen im Hambacher Wald (Bosse 2015; Sander 2016).

Mit dem verabschiedeten Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) einerseits und dem neuen Leitentscheid der nordrhein-westfälischen Landesregierung (MWIDE NRW 2021) andererseits werden geplante Umsiedlungen eine immer stärker umkämpfte und strittige Maßnahme und Fragen nach der Legitimität dieser Grundrechtseingriffe durch Protestgruppierungen werden lauter. Aktivistische und zivilgesellschaftlich organisierte Anti-Braunkohle-Proteste, die bis hin zu verfassungsrechtlichen Beschwerden reichen, verdeutlichen die kontroversen Debatten um einen gerechten Strukturwandel und den Kohleausstieg von der kommunalen bis hin zur nationalen Ebene (Kolde/Wagner 2021). Dieser Strukturwandel lokalisiert sich in kondensierter Form als Konflikt im rheinischen Braunkohlegebiet und betrifft hier besonders die geplanten Umsiedlungen der Anwohner:innen des künftigen Abbaugebiets. So betreffen die Umsiedlungen die Protestierenden einerseits als Individuen, die je einzeln über ihren Status und Entschädigungen mit dem Tagebaukonzern zu verhandeln haben. Sobald ein Dorf den Umsiedlungsstatus erreicht, werden Entschädigungsverhandlungen mit RWE möglich und immer wieder auch von Seiten des Unternehmens eingefordert, um die Umsiedlungen zügig umsetzen zu können. Andererseits sind die Protestierenden als Kollektive und Gemeinschaften betroffen, indem Dörfer abgerissen, Kulturorte zerstört und soziale Beziehungen zerrissen werden. Diese Zusammenhänge machen deutlich, wie nachhaltig der Einfluss des Tagebauprojekts auf die Lebensrealität der Betroffenen ist (so auch Urkidi/Walter 2017: 376) und verlangen eine ent-

sprechende Sensibilität für die unterschiedlichen Ebenen und Dimensionen des *claim-making*.

3. Umweltgerechtigkeit: *making claims*

To make a claim kann mit »etwas behaupten« oder »etwas beanspruchen« übersetzt werden. Der von uns verwendete Begriff »Umweltgerechtigkeitsclaim« oder *claim* bezieht sich auf prägnante Aussagen unserer Interviewpartner:innen, die sie im Zusammenhang mit ihrer Umsiedlung äußerten und von uns im Zuge unserer qualitativen Analyse einer der drei Umweltgerechtigkeitsdimensionen Verteilung, Prozess und Anerkennung zugeordnet wurden. Die vorgebrachten *claims* lassen sich Tilly folgend als »performances« (Tilly 2008: 4) charakterisieren, die in einem sozialen Kontext stattfinden und ihrerseits Folgen auch mit Blick auf die Akteur:innen selbst nach sich ziehen. So wird nicht nur Kritik vorgebracht oder Aufmerksamkeit erzeugt, sondern auch Position gegenüber anderen Protestgruppen bezogen und Anerkennung verteilt oder entzogen.

Wir betrachten zusätzlich die Art und Weise, wie eine solche Forderung an Umweltgerechtigkeit hervorgebracht und letztlich verhandelbar gemacht wird. Das Einfordern von Umweltgerechtigkeit besteht nach Walker (2012: 40ff.) aus den Ebenen Gerechtigkeit, Nachweis und Prozess – welchen eine normative, beschreibende und erklärende Bedeutungsebene zukommt. Diese drei von Walker beschriebenen Ebenen von Umweltgerechtigkeitsforderungen sind aus unserer Sicht mit den folgenden Fragen verknüpft: »Wie die Dinge sein sollten [eigene Übersetzung]« auf der Gerechtigkeitsebene, »Wie die Dinge sind [eigene Übersetzung]« auf der Beweisebene und »Weshalb die Dinge sind, wie sie sind [eigene Übersetzung]³« auf der Prozessebene (Walker 2012). Wenn wir also das *claim-making* unserer Protestakteur:innen untersuchen, werden nicht nur die inhaltlichen Aspekte der *claims*, sondern auch die daraus resultierenden Handlungsfolgen sowie ihre strategische Positionierung in einem Anerkennungskonflikt betrachtet.

3 Im englischen Original: »How things ought to be«, »How things are« und »Why things are how they are«.

4. Protest in einer Energieopferzone

Wir rekonstruieren den vorliegenden Konflikt entlang verschiedener Akteursgruppen und konzentrieren uns dabei auf *claims* und *claim-making* der Protestgruppierungen. Wir unterscheiden Ballard und Banks (2003: 290) folgend drei übergreifende Akteursgruppen im Kontext von Bergbaukonflikten. Folglich umfasst der Konflikt Auseinandersetzungen zwischen (1) dem Energieunternehmen RWE und (2) unterschiedlichen Protestgruppierungen aus der Zivilgesellschaft. Politische Akteur:innen (3) bilden im Rahmen einer Mehrebenengovernance (d.h. dem Regieren auf unterschiedlichen politischen Steuerungsebenen mit jeweils eigenen Organen) eine dritte Akteursgruppe, die wiederum eigene Beziehungen zu den Protestgruppen sowie anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen einerseits und RWE auf der anderen Seite unterhält (siehe Tabelle 1).

Tab. 1: Die Strategien der Protestakteur:innen lassen sich entlang einer Ziel- und Strategiedimension analysieren und unterscheiden

Strategie Ziel	juristisch	zivilgesellschaftlich-bürgerlich	aktivistisch
lokal-konservativ	Klagen fürs Klima	Kirche gegen Kohle	Wir für hier
global-transformativ	—	Dörfer gegen die Kante	Wälder, Wipfel, Widerstand

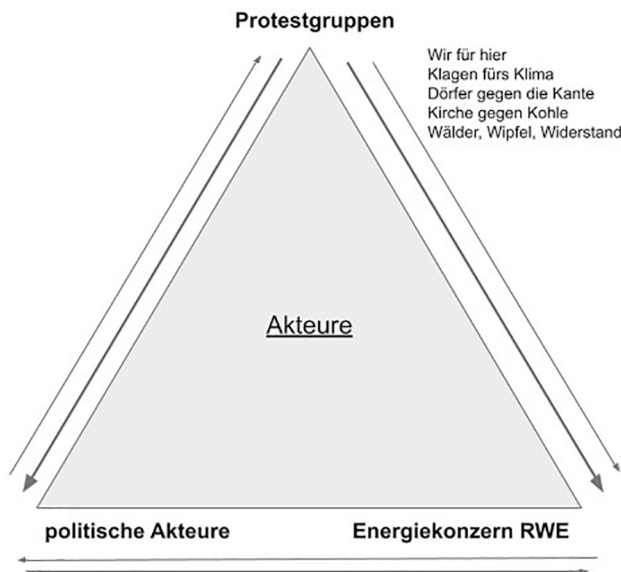
Quelle: In Anlehnung an Kalt 2021⁴

Differenziert man innerhalb der im Fokus dieser Arbeit stehenden Protestgruppierungen weiter, fällt zunächst deren Heterogenität auf (dies beobachtet allgemein etwa auch Schelmbach (2011: 211)). Die einzelnen Protestakteur:innen lassen sich dabei entlang von praktizierten Strategien und anvisierten Zielen differenzieren (siehe hierzu Abb. 1). Die Abbildung verdeutlicht die unterschiedlichen Varianten des *claim-making*. So verfolgen die Gruppierungen bestimmte Ziele, die sie über unterschiedliche Strategien zu erreichen

4 Kalt, Tobias (2021): Umweltgerechtigkeit und Just Transition. Unveröffentlichter Tagungsvortrag im Rahmen des Gesellschaftswissenschaftlichen Kollegs VIII der Studienstiftung des deutschen Volkes.

versuchen. Die *claims* der Gruppierungen unterscheiden sich damit nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Art und Weise, wie sie hervorgebracht und artikuliert werden.

Abb. 1: Akteursgruppen Protest, Politik und der Energiekonzern RWE interagieren miteinander im Konflikt um die Umsiedlungen

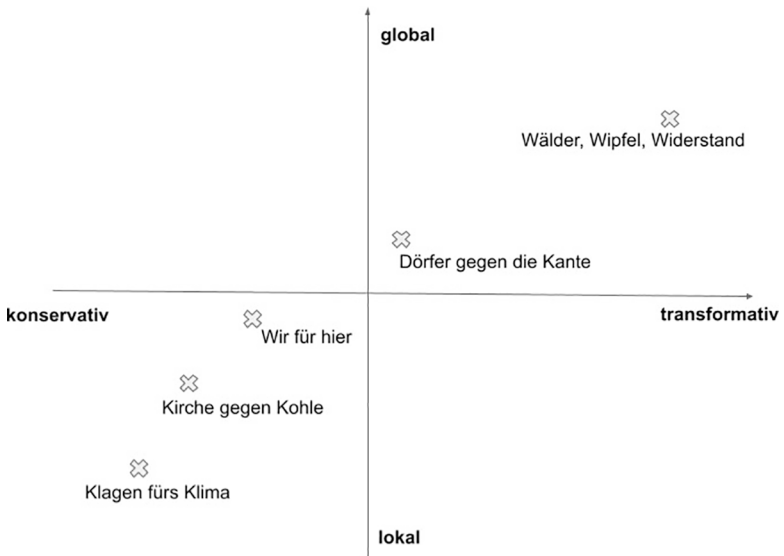


Bildquelle: Eigene Darstellung

Innerhalb der Zieldimension lassen sich die einzelnen Protestgruppierungen hinsichtlich ihrer Orientierungen entlang der Dimensionen *global* vs. *lokal* und *transformativ* vs. *konservativ* unterscheiden (Abb. 2). Die Dimension *global* vs. *lokal* beschreibt den räumlichen Fokus der jeweiligen Protestgruppierung. Die lokale Ebene beschränkt den Bezug auf die direkt vor Ort von Umsiedlung Betroffenen und den Erhalt der Dörfer. Die globale Ebene nimmt die Umsiedlungen aus einer Perspektive globaler Gerechtigkeits- und Klimakämpfe wahr und möchte aus dieser Haltung heraus die bedrohten Orte erhalten. Der *konservative* Ansatz beschreibt den Weg zu einem Status ex ante vor den Abbauarbeiten und möchte damit den Erhalt bestehender Dorfstrukturen unterstützen, ohne explizit einen übergreifenden Systemwandel zu fordern. Ein *trans-*

formativer Ansatz zielt dagegen auf einen grundlegenden (antikapitalistischen) Systemwandel, der vor Ort erstritten werden soll.⁵ Damit wird erneut die Heterogenität der Strategien und Ziele deutlich, welche die Protestakteur:innen vor Ort verfolgen. Hinzu kommen externe Gruppierungen wie *Ende Gelände*, die nicht immer ohne Weiteres als legitimer Teil des Protestes akzeptiert werden (hierzu auch Müller 2017: 223f.). Verbunden werden alle Gruppen durch inhaltlich ähnliche Forderungen, die allesamt eine grundsätzliche Opposition zum Bergbauvorhaben von RWE signalisieren.

Abb. 2: Zieldimensionen der Protestakteur:innen



Bildquelle: Eigene Darstellung

Alle Gruppen teilen das Ziel des Erhalts der Alt-Orte. So wird von Gruppen wie *Klagen fürs Klima*⁶ ein juristischer Ansatz verfolgt, der zum Ziel hat, ein von

5 Kalt, Tobias (2021): Umweltgerechtigkeit und Just Transition. Unveröffentlichter Tagungsvortrag im Rahmen des Gesellschaftswissenschaftlichen Kollegs VIII der Studienstiftung des deutschen Volkes.

6 Alle Personen wurden von uns anonymisiert und pseudonymisiert, die Initiativen wurden von uns pseudonymisiert.

der Umsiedlung betroffenes Dorf zu erhalten. Mit einem ähnlich lokal-konservativen Ziel geht die Gruppe *Kirche gegen Kohle* vor, die jedoch nicht auf juristische Strategien zurückgreift, sondern über zivilgesellschaftliches Engagement wie Gottesdienste und Andachten, Demonstrationen oder Kundgebungen *claim-making* betreibt. Entschieden aktivistisch gehen dagegen Gruppen wie *Wir für hier* vor, indem sie auch von Besetzungen von Baggern oder vom Abriss bedrohten Häusern sowie zivilem Ungehorsam Gebrauch machen, um die Orte zu erhalten. Mit ausdrücklich globaler Perspektive geht dabei *Wälder, Wipfel, Widerstand* vor und versucht so, Aktivismus mit dezidiert antikapitalistischer Systemkritik zu verbinden. Schließlich finden sich Gruppen wie *Dörfer gegen die Kante*, die wesentlich überregionale Ziele teilen, jedoch strategisch auf ein bürgerlich-zivilgesellschaftliches Protestrepertoire zurückgreifen.

5. Forschen im Revier

Vielschichtige Ansprüche an Umweltgerechtigkeit

Unsere Analyse verfolgt einen qualitativ-ethnographischen Ansatz. Neben der Durchführung von acht narrativen, leitfadengestützten Interviews von je 60 bis 90 Minuten schließt der Korpus zwei teilnehmende Beobachtungen und einen einwöchigen, gemeinsamen Feldaufenthalt vor Ort mit ein. Die transkribierten Interviews und Beobachtungsprotokolle wurden anschließend in einem zweistufigen Verfahren von je einer Person codiert. Den Ausgangspunkt bildeten theoriegeleitete Codes (orientiert an den Dimensionen von Umweltgerechtigkeit nach Walker 2012), die anschließend durch offenes Codieren ergänzt wurden. Die sich anschließende Interpretation unserer Codes orientiert sich als Ausgangspunkt an Kerngehalten der *Grounded Theory* (Glaser/Strauss 1967). So werden aus den Interviews eigene Codes gewonnen, die erst in einem zweiten Schritt mit den theoretischen Codes in Verbindung gebracht werden. Ziel ist dabei nicht, eine Perspektive zu verhindern, die als theoretische Voreingenommenheit (Glaser/Strauss 1967: 34) gelten muss, sondern das Material zum Sprechen zu bringen (Hirschauer 2001; Geertz 1987) und gleichzeitig den Forschungsrahmen mit dem Konzept der Umweltgerechtigkeit als Leitlinie im Fokus zu behalten. Unsere ausgewählten Interviewzitate geben am prägnantesten die mal expliziten, mal impliziten, Umweltgerechtigkeits-*claims* unserer Interviewpartner:innen wieder und stehen stellvertretend für ähnliche, nicht-zitierte *claims*.

Feldforschung in pandemischen Zeiten

Der Zugang zum Revier als Ort unserer Feldforschung mittels Online-Kontaktaufnahmen zu lokalen Akteursgruppen erwies sich als herausfordernd und wurde durch die COVID19-Pandemie zusätzlich erschwert. Dennoch konnten wir sechs von acht Interviews in Präsenz sowie den Feldaufenthalt unter Beachtung von Hygienemaßnahmen durchführen. Das erste Interview sowie weitere Hintergrundinterviews und die Teilnahme an Vorträgen konnten wir digital bzw. telefonisch ermöglichen. Erst durch die Thematisierung des eigenen Engagements in einem großen deutschen Umweltverband öffnete sich für uns das Tor zum Feld. Ausgangspunkt unseres einwöchigen Feldaufenthalts war der Kontakt zu einem:r Aktiven der Initiative *Wir für hier* mit Gate-Keeper-Funktion, durch welche:n wir Zugang zu weiteren Kontakten und Initiativen vor Ort erhielten. Hinsichtlich unserer eigenen Positionierung als Forschende zum Thema Umsiedlung erwies sich die Abgrenzung zu unseren Interviewpartner:innen als herausfordernd, was sich u.a. in Situationen emotionaler Erzählungen zu schmerzlichen Verlusterfahrungen oder als teilnehmende Beobachter:innen bei einer Anti-Kohle-Kundgebung zeigte. Dabei galt es insbesondere in emotional stark aufgeladenen Situationen die Interviewpartner:innen den Gesprächsverlauf selbst bestimmen zu lassen, ohne sie durch unsere Forschung zusätzlichen Belastungen auszusetzen. Gerade in digital geführten Interviews zeigten sich in solchen Fällen jedoch die Grenzen technisch-medialer Vermittlung im ethnographischen Kontext.

Tab. 2: Übersicht unserer Interviewpartner:innen, ihrer Wohnorte und Rollen (pseudonymisiert)

Person	Wohnort	Rolle und Protestgruppe
Annemarie	Liebengrund (alt)	nicht umgesiedelt (Klagen fürs Klima)
Christine	Blumenhausen (neu)	Umgesiedelt
Dieter	Am Weiher	Anrainer
Hartmut	Wiesenthal (neu)	Umgesiedelt
Jens	Stadt	Experte für Umsiedlung aus Unternehmenssicht

Jürgen	Stadt	Experte für Umsiedlung aus zivilgesellschaftlicher Sicht
Monika	Wiesenthal (alt)	nicht umgesiedelt (Dörfer gegen die Kante)
Sebastian	Frohendorf	Anrainer (Kirche gegen Kohle)

Quelle: Eigene Darstellung

6. »Und deswegen kämpfen wir« – Die *claims* der Protestierenden

Verteilungsdimension

Dieser Abschnitt behandelt die Verteilungsdimension von Umweltgerechtigkeit, welche an vorgebrachten Äußerungen zu Landschaftsveränderungen, gesundheitlichen Belastungen wie Lärm, Staub und psychischer Belastung und zuletzt Eigentum sichtbar wird. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuellen Erfahrungen der Betroffenen vor Ort.

Landschaft

Die räumliche Ausdehnung des Lochs wird besonders sichtbar an dem feinen, hellbraunen Kohlestaub, der sich als dünner Film auf Fenster und Wäsche setzt – egal ob im Alt-Ort, im Neu-Ort oder den anliegenden Orten. Unsere Interviewpartner:innen aus den Alt-Orten berichteten zudem vom andauernden Lärm der Bagger, welche selbst im geschlossenen Raum und nachts zu hören sind. Aufgrund seiner zeitlichen Kontinuität wird der Tagebau als festes Landschaftselement wahrgenommen. Sebastian fasst das zusammen:

»[...] ich bin damit groß geworden. Und ich kannte es nie anders, muss man ganz ehrlich sagen. Und man kannte immer irgend so welche Löcher in der Gegend, die waren immer nur dann plötzlich woanders.« (Sebastian, persönliches Interview, Wiesenthal (alt), 13.10.2020)

Ergänzend beschrieb uns Dieter seine Beobachtungen, wie aus den Abraumhalden Naturhügel wurden, und nach und nach mit Pflanzen zuwuchsen. Im Zuge der Renaturierungstätigkeit entstand eine neue Landschaft, eine Bergbaufolgelandschaft. Mittlerweile dienen die ehemaligen Abraumhalden im Winter seinen Enkelkindern zum Schlittenfahren, was er durchaus positiv

bewertet. Gleichzeitig kommt es in der Umgebung des Reviers durch die Sümpfung zu signifikanten Bodensenkungen (Tang/Motagh/Zhan 2020) mit teils erheblichem Einfluss auf den regionalen Wasserhaushalt, Landwirtschaft (Hofmann 1975) und Gebäude, die negativ aufgefasst werden, etwa von Annemarie: Sie schilderte uns empört, dass ihr Brunnen zur Bewässerung ihres Gartens mit einer Tiefe von 48 Metern kein Grundwasser mehr führt und dies auf die Grundwasserabsenkung zurückzuführen sei. Ergänzend dazu beklagte Sebastian den unwiederbringlichen Verlust gewachsener Dörfer, wertvollen Ackerlands und teils aus der Römerzeit stammenden Kulturgütern. Bei diesen Betrachtungen ist das Motiv des Landschaftswandels zentral. Bestehende Landschaftselemente, wie *das Loch* oder die Alt-Orte oder neue Landschaftselemente, wie die Neu-Orte und begrünten Abraumhalden, werden im Laufe der Zeit und in Abhängigkeit der gesammelten Erfahrung des:der Betrachters:in anders wahrgenommen und bewertet (Gailing/Leibenath 2012) und können mit dem Stichwort »*shifting baseline[s]*« (Heiland 2017: 188) beschrieben werden.

Lebensplanung

Neben dem Landschaftswandel beschreibt die Verteilungsdimension auch biographische Konsequenzen. Auf formaler Ebene sehen der Braunkohlenplan und der neue Leitentscheid die vorrangige Landnutzung für den Kohleabbau vor und legen diese verbindlich fest. In ihrer Konsequenz entscheiden diese Beschlüsse über den Erhalt respektive die Zerstörung der bedrohten Dörfer und ordnen, wer Umsiedler:in wird oder in der Rolle des:der distanzierte:n Beobachter:in als Anrainer:in bleibt. Für eine Umsiedlung plant RWE als ausführendes Unternehmen einen Zeitraum von 15 Jahren ein und mindestens so lange dauert die individuelle Befassung mit dem Thema jeder umsiedelnden Person. Das Loch wird zu einem biografischen Begleiter, was von Christine so zusammengefasst wird:

»Und äh, wie gesagt, ich sach mal, man hat nur, man hat nur ein Leben. Und ich beschäftige mich da jetzt schon äh 80 % meines Lebens mit. Und äh es gibt auch noch andere Dinge auf der Welt. [...] Als Fazit: Es ist nicht schön gewesen. [...] wir haben dafür Lebenszeit für geopfert, weil wir mussten ja nochmal neu anfangen.« (Christine, persönliches Interview, Blumenhausen (neu), 14.10.2020)

Aufgrund dieser engen Verwobenheit mit der eigenen biografischen Entwicklung sind die vorgetragenen Umsiedlungserfahrungen unserer Interviewpartner:innen heterogen und individuell gefärbt. So berichtete uns Christine, dass sie mit ihrer Familie die Eventualität der Umsiedlung beim Hausbau in Blumenhausen bereits in Erwägung gezogen hat, um nicht mit ihrem Herz dran zu hängen, falls es einmal abgerissen werden könnte. Anders als Hartmut, der uns mit brüchiger Stimme erzählte, wie er mit ansehen musste, wie ein Bagger im Alt-Ort sein Elternhaus samt altem Kinderzimmer zerstört. Die erzählten Bewältigungsstrategien reichen dabei von einem pragmatischen Umgang bis hin zu sehr schmerzlichen, fast traumatischen Erfahrungen (Flor 2018).

(Im)materielles Eigentum

Ein dritter Aspekt der Verteilungsdimension ist das Thema Eigentum. Auf individueller Ebene äußert sich diese Konfliktlinie in der Sorge um eine angemessene finanzielle Entschädigung des Privateigentums: Reicht die mit RWE verhandelte Entschädigungssumme aus, um im Neu-Ort erneut zu bauen? Dieses Sorge betrifft jedoch nur Immobilienbesitzer:innen, sodass die Perspektive von Mieter:innen aus den Alt-Orten faktisch nicht vorhanden ist. Verbindend ist jedoch die Haltung zu Dingen, die nicht finanziell entschädigt werden können. Meist handelt es sich dabei um nostalgische Erinnerungen an den Alt-Ort als Heimat: Der Tümpel, in dem man schwimmen gelernt hat, die Kirche, in der man getraut wurde oder das Feld, auf dem man als Kind Fußball gespielt hat.

Etwas anders gestaltet es sich bei der Entschädigung und Verwaltung kollektiven Eigentums, bspw. Kneipen und Vereine, oder die Kirchen mitsamt Friedhöfen. Für die Dorfgemeinschaft haben diese Räume eine identitätsstiftende Funktion. Der gemeinsame Wegzug oder das Verbleiben der Dorfgemeinschaft im Alt-Ort können als Positionierung im Protest aufgefasst werden und bestimmen maßgeblich das soziale Gefüge und die Geschwindigkeit der Umsiedlung der Alt-Orte. Fehlt eine gemeinschaftliche Auseinandersetzung über kollektives Eigentum, kann das mitunter als Verrat aufgefasst werden. Für Annemarie wird das besonders an dem Verkauf der Liebengrunder Kirche deutlich, in deren Zuge viele Menschen den Alt-Ort verlassen haben. Für Annemarie sollte die Kirche für die leidenden Menschen da sein und die Schöpfung erhalten. Nachdem die Kirche ihre Liegenschaften jedoch früh an RWE veräußerte, sieht sie deren Auftrag vor Ort keinesfalls als erfüllt an.

Bislang wurde der Umgang mit individuellem und kollektivem Eigentum in den Alt-Orten durch die lokal agierenden Protestgruppierungen und

den Umsiedler:innenstatus nach außen getragen. Mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und der Klimakrise erhält der Tagebau eine neue Bedeutung von einer lokalen hin zu einer nationalen und globalen Ebene. Dieser ist auch bei unseren Interviewpartner:innen präsent und findet Ausdruck in Rechtfertigungsstrategien hin zu einer geänderten Haltung gegenüber der Braunkohleverstromung:

»Es war lange Zeit so, dass der Strom gebraucht wurde, die Kohleverstromung. Das war einfach so. Und deswegen mussten dann auch früher, in früheren Zeiten, Dörfer weichen. Eben zum Allgemeinwohl. Das war so. Das ist aber jetzt nicht mehr so. Und deswegen kämpfen wir. Nicht nur Grundstück, Haus, sondern wirklich: Es geht ums Klima.« (Annemarie, persönliches Interview, Liebiggrund (alt), 15.10.2020)

Annemaries Aussage kann in die Auseinandersetzung um das Recht auf Eigentum in Kontrast zu einem politisch definierten Allgemeinwohl eingeordnet werden. Eigentum dient hierbei als Scharnier, welches zwischen einer Individualebene (als eigener Grund und Boden) und einer Kollektivebene (Allgemeinwohl und Gemeinwesen) oszilliert. Spätestens mit dem neuen Leitentscheid, der sich gegen die Empfehlungen des Erhalts der Dörfer stellt (Oei et al. 2019, Rieve et al. 2021) erfährt diese Auseinandersetzung eine neue Dynamik. Diese Konflikte werden stets kontrastiert von der faktischen Macht des Status quo. Das Leben in einer designierten Opferzone besteht für die Protestierenden damit nicht nur aus den Belastungen, die durch den Tagebau entstehen und schließlich für viele bis zur Zerstörung des eigenen Dorfs reichen. In dieser stetigen ›Sonderzone‹ wird gleichzeitig um Rechte gerungen, die sonst als selbstverständlich gelten, hier jedoch zum Konfliktgegenstand werden.

Darüber hinaus wird sichtbar, dass die Verteilungsebene sich nicht nur auf materielle Güter im Sinne eines engen Eigentumsbegriffs beschränken lässt, sondern auch Biografien, kollektives Eigentum sowie soziale Beziehungen einschließt. Da diese nicht entschädigt werden oder im Umsiedlungsprozess angemessen Berücksichtigung finden, treibt ihr drohender Verlust den Protest weiter an.

Prozessdimension

Die prozedurale Dimension von Umweltgerechtigkeit nimmt nun diejenigen Forderungen in den Blick, die das Vorgehen der Umsiedlung und die damit

verbundenen Partizipationsmöglichkeiten kritisieren. Hier werden Fragen nach dem Gehört-Werden und der Einbindung in die Umsiedlungsprozesse relevant (Walker 2012: 48). In diesem Zuge wird auch die Wahrnehmung politischer Prozesse und Akteur:innen aus Sicht der Protestierenden thematisiert (siehe Walker 2012). Zusätzlich nimmt in diesem Fall das Bergbauunternehmen eine prominente Position mit Blick auf prozedurale Gerechtigkeits-*claims* ein.

Die Politik und »NRWE«

Die politischen Akteur:innen werden mit Blick auf eine prozedurale Gerechtigkeitsdimension regelmäßig als primär Verantwortliche durch die Protestgruppen ausgemacht. Dabei macht sich eine übergreifende Frustration gegenüber der Wirksamkeit politischer Akteur:innen in einem Mehrebenensystem bemerkbar. Die Erwartung, den Prozess der Umsiedlung sozial gerecht zu gestalten oder durch geänderte gesamtgesellschaftliche Vorzeichen ganz zu unterbinden, wird konkret an die lokalen, regionalen und bundesweiten politischen Akteur:innen gerichtet. Fast ausschließlich werden diese Erwartungen jedoch als immer schon enttäuscht gerahmt, bspw. wenn Kompetenz- und Zuständigkeitsstreitigkeiten offen zutage treten.

Darüber hinaus werden politische Entscheidungsprozesse als voreingenommen und grundsätzlich zugunsten von RWE befangen erlebt. Dies führt bei einigen Interviewten zur völligen Ablehnung politischer Entscheidungsstrukturen und zu eindeutigen Schuldzuweisungen für ein als ungerecht erlebtes Vorgehen:

»Ich äh, der ganze Stress jetzt, wir haben so lange gehofft und gezittert, dass es äh durch die Leitentscheidung noch gekippt wurde, die Grünen haben uns auch noch ein paar Jahre Hoffnung gemacht und dann ist irgendwann der Punkt gekommen jetzt ist es unumstößlich.« (Hartmut, telefonisches Interview, 19.08.2020)

Dabei wird immer wieder auch von »NRWE« als Fusion von RWE und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens gesprochen, um anzudeuten, als wie dicht die Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft wahrgenommen werden. Als besonders problematisch wird die Situation erlebt, wenn Lokalpolitiker:innen einerseits gegen den Abriss der Dörfer kämpfen, jedoch andererseits selbst von den Umsiedlungsmaßnahmen betroffen sind und zu den Ersten gehören, die in einen Neu-Ort umsiedeln:

»[...] Der [Oberbürgermeisterkandidat], der es aber nicht geworden ist, äh, als einer der Ersten umgesiedelt ist, und gegen die Umsiedlung kämpft. [...] Entweder, ich kämpfe dagegen, dann bleib ich auch, weil et meine Überzeugung ist. Aber ich kann nicht als einer der Ersten umsiedeln und alle, die sagen: ›Oh, und ja, alle Dörfer bleiben‹. Geht nicht.« (Christine, persönliches Interview, Blumenhausen (neu), 14.10.2020)

Daraus erwächst schließlich der Vorwurf, mit dem Problem allein gelassen zu werden. Politik wird als marginalisiert und wenig wirkmächtig erlebt und mehr als Teil eines Systems betrachtet, das Partizipationsmöglichkeiten einschränkt, intransparente Absprachen trifft und die Beteiligten mit der Situation im Stich lässt.

Die Doppelrolle von RWE

Betrachten wir die *claims*, die in Richtung des Energieunternehmens RWE und dessen Partizipationsvorstellungen gerichtet sind, wiederholt sich dieser Vorwurf. Statt den Weg über politische Prozesse und Strukturen gehen zu können, werden die Umsiedelnden auf individuelles Verhandeln mit RWE verwiesen. Dem Konzern wird damit eine Doppelrolle zugeschrieben: Er tritt in die Partizipationslücke, die die Politik ihm überlässt und bleibt gleichsam selbst interessengeleiteter Akteur im Konflikt. RWE soll vermitteln und setzt gleichzeitig die eigenen Interessen durch. Dies resultiert nicht selten im Vorwurf der bewussten Intransparenz, bspw. bei der Höhe der Entschädigungssummen. Der gesamte Entschädigungsprozess wird als individualisiert wahrgenommen, ebenso wie der formale Kontakt mit dem Unternehmen. Hinzu kommen Vorwürfe der bewussten Anwendung von Spaltungsstrategien oder dem Unterdrücken von Protest (dies beobachten auch Brock/Dunlap 2018: 37ff. oder Gisbertz 1994: 61). Durch das Sponsoring von Umzügen, Musikkapellen, Feiern, Konzerten, Vereinen oder die Bezuschussung beim Bau von Spielplätzen soll das Image des Konzerns verbessert werden. RWE tritt damit als gestaltender Akteur vor Ort auf, der auch jenseits von Umsiedlungen oder Kohleabbau tätig wird und in das Dorfleben eingreift.

Vereinzelt wird RWE auch vorgeworfen, bestehende Partizipationsmöglichkeiten bewusst einzuschränken, indem bewährte Versammlungsräumlichkeiten wie Gaststätten oder Gemeindesäle aufgekauft werden. Ähnliche Positionen lassen sich insbesondere im Hinblick auf Partizipationsstrukturen ausmachen, die von RWE eingerichtet worden sind und den Umsiedlungsprozess begleiten sollen. Sogenannte *Bürgerbeiräte* sollen die Anliegen der

Umsiedelnden bündeln und versorgen RWE gleichzeitig mit Informationen aus den betroffenen Gemeinden. Diese Parallelstruktur, die zusätzlich zu politischen Wahlämtern aufgebaut wurde, wird von Protestierenden wie Annemarie scharf kritisiert, da aus ihrer Sicht die Bürgerbeiräte von RWE als »Farce nach außen« eingesetzt werden, damit von Bürgerdialog gesprochen werden kann:

»Also, [...] die Bürgerbeiräte waren dann nur praktisch ne Farce, wie Bürgerdialog. Das ist so ne Farce nach außen, es hat ein Dialog stattgefunden. [...] Und Bürgerbeirat, hier in [Wiesenthal], das weiß ich, das war glaub ich der [Familienunternehmer], der hat irgendwann aufgegeben.« (Annemarie, persönliches Interview, Liebengrund (alt), 15.10.2020)

Aus dieser Situation der 1) Abwendung von politischen Strukturen durch Enttäuschungen und wahrgenommene Dysfunktionalitäten des Regierens in einem Mehrebenensystem, 2) der Doppelrolle von RWE als interessegeleitetem Akteur und provisorischem Vermittler, 3) vorgeworfenen Spaltungsstrategien und Intransparenzen sowie 4) schließlich dem Scheitern von Einrichtungen wie den Bürgerbeiräten ergibt sich eine Polarisierung der Handlungsalternativen: Teilnahme oder Verweigerung. Die bewusste Teilnahme am Umsiedlungsprozess kann mit *aktivem* Protest einhergehen, wie das Beispiel von Annemarie verdeutlicht. Zwar lässt sie sich auf den Umsiedlungsprozess bewusst ein und geht immer so weit mit, wie gerade nötig, um sich ihre Zukunftsoptionen nicht zu verbauen. Andererseits entscheidet sie sich für aktiven Protest und versucht, alles Mögliche zu tun, um nicht doch umsiedeln zu müssen. Die bewusste Teilnahme am Umsiedlungsprozess kann jedoch auch dezidiert *ohne* Protest ablaufen, wie Christine zeigt. Sie hat sich bereits früh auf ihre Umsiedlung eingestellt und einen pragmatischen Weg zu gehen versucht, indem sie zusammen mit ihrer Familie schnell verhandelt und neu gebaut hat. Die grundsätzliche Weigerung, am Umsiedlungsprozess teilzunehmen, geht mit bewusstem Protest einher, wie im Falle Monikas, die das Sich-Enteignen-Lassen als Protestform wählt und Verhandlungen mit RWE ablehnt. Auf der anderen Seite lassen sich auch Fälle beobachten, in denen die Verweigerung der Umsiedlung ohne offenen Protest geschieht. Hinzu kommen Formen des *passiv-inneren* Protests, wie von Sebastian und Dieter, die als Anrainer nicht selbst von Umsiedlung betroffen sind, aber den gesamten Prozess skeptisch betrachten. Beide engagieren sich in ehrenamtlich

organisierten Vereinen, welche die abgetragenen Alt-Orte dokumentarisch zu erhalten versuchen.

Somit polarisieren die Handlungsalternativen: bewusste Teilnahme oder Verweigerung bleiben als einzige Optionen übrig, wenn man direkt im betroffenen Gebiet lebt. Die innere Einstellung zum Geschehen kann hierzu allerdings quer liegen, was zu einer komplexen Gesamtsituation beiträgt und zusätzliche Spannungen in den Dörfern evoziert. Diese Gesamtlage trägt in der Folge zum *claim-making* mit Blick auf Partizipationsfragen bei (Frederiksen/Himley 2020: 56). Zusätzlich wird sie verschärft durch die zeitliche Dimension der in Frage stehenden Umsiedlungen. Entscheidungen, die auf politischer Ebene bereits getroffen wurden, sollen revidiert oder an geänderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Zudem laufen die Umsiedlungsprojekte mit teils jahrzehntelangen Planungshorizonten, was Partizipationsfragen zusätzlich prekär erscheinen lässt, ist erst einmal eine Entscheidung auf einer Ebene gefallen (hierzu auch Müller 2019).

Anerkennungsdimension

Der Konflikt im rheinischen Braunkohlerevier findet schließlich nicht nur in einer Verteilungs- und Prozessdimension, sondern auch im Hinblick auf Anerkennungsfragen statt. So lassen sich zwei Kategorien von Anerkennungskonflikten unterscheiden: der eine mit Bezug auf die Legitimation der eigenen Position gegenüber der Öffentlichkeit, der andere zwischen den Protestgruppierungen selbst.

Öffentliche Aufmerksamkeit und Verwendung wissenschaftlicher Evidenz

Betrachtet man die Anerkennungsforderungen der Protestgruppierungen mit Blick auf eine, wie auch immer diffuse, Öffentlichkeit zeichnen sich Legitimationsstrategien ab, welche die Legitimität des Protestes nach außen hin signalisieren sollen. Diese *claims* fußen zunächst auf der Diagnose fehlender öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit für dieses Anliegen.⁷ So taucht immer

7 Bezeichnenderweise hat das mediale Interesse an der Region in den letzten Jahren erheblich zugenommen, was jedoch die darauf bezogenen Forderungen nicht zu tangieren scheint. Dies könnte ein weiteres Zeichen dafür sein, dass es sich tatsächlich um Legitimationsstrategien im Rahmen von grundsätzlichen Anerkennungsfragen handelt, denen auch eine identitätskonstituierende Funktion zukommt.

wieder der Verweis auf eine nur regional begrenzte Aufmerksamkeit für die drohenden Umsiedlungen auf:

»Wenn ich dann erzähle, ich kämpfe für das Klima, [gegen den Tagebau]. ›Ja, ich hab da schon was gehört, aber mehr weiß ich nicht«. Und das ist erschreckend, finde ich. Und deswegen muss das noch mehr publik werden [...].«
(Annemarie, persönliches Interview, Liebengrund (alt), 15.10.2020)

Diese öffentliche Anerkennung als notwendiger Teil einer Legitimationsstrategie geht über eine Anerkennung der eigenen Anliegen im Rahmen prozeduraler Gerechtigkeitsfragen hinaus (Schlosberg, 2004: 15ff.). Die Protestierenden möchten ihr Anliegen nicht nur gegenüber dem Bergbauunternehmen oder politischen Akteur:innen als legitim wahrgenommen wissen, sondern auch generalisiert mit Blick auf eine Gesamtöffentlichkeit, die am Geschehen selbst nicht direkt beteiligt ist.

Zu diesem Befund passt eine zweite Legitimationsstrategie, welche von den Protestierenden beim *claim-making* in unterschiedlichen Explikationsgraden verwendet wird. Um gegenüber einer, oft medial vermittelten, Öffentlichkeit Anerkennung gewinnen zu können und die eigene Position zu legitimieren, werden Techniken des *evidencing* (hierzu exemplarisch Barbosa/Walker 2020) angewandt. Dabei handelt es sich um Strategien, die durch die Einbindung und den Rekurs auf wissenschaftliches Wissen oder die Kooperation mit Forschungseinrichtungen den eigenen Forderungen und Positionen Legitimität verleihen sollen. So beauftragen Protestierende etwa Gegengutachten, um den eigenen Hauswert durch eine unbeeinflusste Stelle prüfen zu lassen und damit das Angebot von RWE anzugreifen. Durch virtuelle Sammlungen in kleinen Regionalmuseen werden Andenken und Geschichte von verlorenen Orten bewahrt und für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Schließlich werden aktuelle wissenschaftliche Gutachten zur Begründung der Legitimität der eigenen Position herangezogen, bspw. durch den Verweis auf die über 27.000 Wissenschaftler:innen, die sich *Scientists for Future* angeschlossen haben.

Hinzu kommen persönliche Erfahrungen (Tesh/Williams 1996: 294), die als Selbstermächtigung dienen und neben wissenschaftlicher Expertise die eigene Sprecherposition begründen sollen. So schilderte uns etwa Sebastian seine Beobachtung, wie ein kleiner Fluss in einem naheliegenden Feuchtgebiet trockenfiel und daraufhin ein Fischsterben einsetzte. Er beklagte den Verlust der dortigen Artenvielfalt.

Protest zwischen Solidarität und Verrat

Neben diesen beiden Legitimationsstrategien, die auf Öffentlichkeit referieren und diese durch Techniken des *evidencing* sowie den Rekurs auf eigene Erfahrungen von der Legitimität der eigenen Position zu überzeugen versuchen, lassen sich jedoch auch interne Legitimationsdynamiken zwischen einzelnen Protestakteur:innen beobachten. Nicht immer verlaufen Erwartungsstrukturen kongruent oder werden Proteststrategien von allen Akteur:innen gleichermaßen geteilt und als legitim empfunden. Dies gilt auch für das Selbstverständnis der einzelnen Akteur:innen. Wo christliche Gruppen wie *Kirche gegen Kohle* ihren Protest als Beitrag zu einer friedlichen Form der Auseinandersetzung begreifen und sich selbst auch in einer Vermittlerrolle verstehen, verweisen andere Protestgruppen dagegen auf ihren Protest als Kampf oder gehen sogar so weit, bestimmte Formen von Gewalt nicht als grundsätzlich illegitimes Mittel auszuschließen. Wer als Gruppe Anerkennung von anderen Protestgruppen fordern und erhalten kann und welche Mittel dabei als legitim erachtet werden, ist damit bereits Teil des Konflikts selbst. Mit dieser Dynamik geht eine zumindest partielle Verschiebung der Anerkennungsfrage einher: Die Gruppierungen versuchen nicht nur, nach außen hin Anerkennung für ihre Forderungen zu finden, sondern auch untereinander die eigene Position und Strategie zu rechtfertigen.

Durch die Individualisierung der Umsiedlungsentscheidung, d.h. insbesondere die stets individuelle Frage wie, ob und wann man mit RWE in Verhandlungen um eine Entschädigung tritt oder wie weit man den Umsiedlungsprozess mitzugehen bereit ist, wird neben der Kollektivseite auch die Individualseite der Umsiedlungen zu einem Element dieses Anerkennungskonflikts. Das Verhältnis zur eigenen Umsiedlung wird als moralisches Problem diskutiert, und damit zur immer auch aktiven Selbstpositionierung und Positionierung innerhalb einer Protestgemeinschaft:

»Ne und ähm es gab auch ein kleiner Teil, die sagen wir mal bei den ersten ernsthafteren Anzeichen ähm auch Kontakt mit Rheinbraun aufgenommen haben, um ihr Häuschen, ihr, ihr, äh, ja, eff, zu verkaufen. Das waren also auch ähm wie es ernster wurde, waren also auch ein Teil schon, schon ruck-zuck weg, wo dann im Dorf auch gesacht wurde: Ach, kuck da, der hat noch mit vor ein paar Jahren mit unserer Fackelkette gestanden und der hat jetzt schon an Rheinbraun verkauft und ist weggezogen, ne.« (Hartmut, telefonisches Interview, 19.08.2020)

Diese moralische Dimension des Protests gegen die Umsiedlungen sowie die auf eine Öffentlichkeit hin orientierten Legitimationsversuche machen deutlich, dass neben Fragen von Verteilung und prozeduraler Gerechtigkeit Anerkennungskonflikte bestehen, die wesentlich zur Dynamik dieser Protestbewegungen beitragen. Nach außen hin zu einer unbestimmten Öffentlichkeit wie nach innen hin zu anderen Gruppen und Akteur:innen muss Legitimität hergestellt werden, um als Akteur:in ernst genommen zu werden. Dabei werden durch den Rekurs auf Wissenschaft, eigene Erfahrungen und im Rahmen moralischer Bewertungen Legitimität und Anerkennung gesucht und zugewiesen.

7. Fazit

Unsere Studie konnte ein differenziertes Bild an Umweltgerechtigkeitsansprüchen verschiedener Akteur:innen zeichnen. Insgesamt lassen sich drei Akteursgruppen identifizieren: der Energiekonzern RWE, vornehmlich die Landesregierung NRW als politischer Akteur und eine Zivilgesellschaft, welche teils in Protestgruppierungen organisiert ist. Die Ziele der Protestgruppen differenzieren sich entlang einer lokal-konservativen und global-transformativen Wirkachse. Ihre Strategien lassen sich in einen aktivistischen, zivilgesellschaftlich-bürgerlichen und juristischen Ansatz unterscheiden.

Die vorgebrachten Ansprüche an Umweltgerechtigkeit unserer Interviewpartner:innen sind vielschichtig und lassen sich entlang der Umweltgerechtigkeitsdimensionen analytisch untersuchen und diesen zuordnen. Entlang der *Verteilungsdimension* wird sichtbar, was es bedeutet, in einer Energieopferzone zu leben. In unserem Fall teilen die Umsiedler:innen, Bewohner:innen und Anrainer:innen eine kollektive Erfahrung von Lärm- und Staubbelastung und Unsicherheit im Umgang mit Eigentum mit dem übergeordneten Ziel der Energiegewinnung für das – in Frage gestellte – Allgemeinwohl. Diese Ausgangslage wird verstärkt durch eine ungleiche Verteilung von Reichtum, Wissen und Macht (Scott/Smith 2017: 863), die vereinzelt durch eine Selbstorganisation von Protest und Aneignung von Prozesswissen im Sinne einer Gegenexpertise (Barbosa/Walker 2020) durchbrochen werden kann. Insgesamt stehen jedoch das eigene Erleben des Braunkohleabbaus und über die Jahre gesammelte Erfahrungen im Mittelpunkt, welche die messbare Landschaftsveränderung oder Entschädigungssummen in den Hintergrund treten lassen.

Die *prozedurale Dimension* zeigt eine Enttäuschung gegenüber politischer Steuerung und Einhegung des Konflikts, die in einer Polarisierung der Handlungsalternativen mündet. Dem Energiekonzern RWE dagegen kommt eine ambivalente Rolle im Umsiedlungsprozess zu, welche sich in der prozeduralen Dimension besonders deutlich zeigt und entsprechende *claims* provoziert. Einerseits wird RWE die Schuld am Verlust von Heimat und Grund und Boden gegeben. Andererseits bleibt RWE der einzige Verhandlungspartner, an den man sich wenden kann und mit dem früher oder später auch gesprochen und um Entschädigungssummen gerungen werden muss. Schließlich verläuft der Konflikt um die Umsiedlungen auch entlang einer *Anerkennungsdimension*, die sich aufteilt in Strategien der Legitimation nach Außen wie nach Innen. Hier wird gegenüber einer diffusen Öffentlichkeit Anerkennung, bspw. durch Strategien des *evidencing*, gesucht. Andererseits wird die Umsiedlungsthematik zu einem moralischen Problem der beteiligten Protestakteur:innen, die sich innerhalb einer Gemeinschaft und gegenüber dem Energieunternehmen positionieren müssen, und die letztlich um die Anerkennung einer individuell getragenen Last streiten.

Der vorliegende Fall von tagebaubedingten Umsiedlungen in einer Energieopferzone im ›globalen Norden‹ weist damit einige Besonderheiten auf, die für die weitere Forschung in diesem Feld von Bedeutung sind. Einerseits haben wir versucht zu zeigen, dass und wie diese Konflikte mithilfe des Vokabulars der Umweltgerechtigkeitsforschung für eine Analyse zugänglich gemacht werden können. Darüber hinaus zeigt dieser Konflikt deutlich, dass eine solche Analyse sich nicht nur auf materialistische oder individualistische Eigentumsbegriffe beschränken sollte. Immaterielle und kollektive Güter wie Biografien und Lebensläufe, Heimat oder Erinnerungen spielen in diesem Konflikt eine zentrale Rolle. Dass die Legitimation derartiger Extraktionsvorhaben und damit einhergehenden Umsiedlungen auch wesentlich von Gerechtigkeitsvorstellungen und Ideen des Allgemeinwohls abhängt, zeigt der vorliegende Konflikt deutlich.

Mit steigender öffentlicher Aufmerksamkeit der von Umsiedlung betroffenen Dörfer durch Anti-Kohle-Proteste werden energiewirtschaftliche Argumente für den Tagebau und die Auseinandersetzung mit der Klimakrise gegen den Tagebau verhandelt. Dieser Aushandlungsprozess zwischen Politik, RWE und Zivilgesellschaft schlägt sich letztlich in einer Akzeptanzwende des Tagebaus nieder. Die Rolle des Tagebaus als kollektiver ›Opferzone‹ wird zunehmend umstritten und sowohl von Seiten der Betroffenen als auch von externen Akteur:innen wie bundesweit agierenden sozialen Bewegungen kritisiert.

Die Legitimationsgrundlagen für die Ausweisung eines Tagebaus als Energieopferzone sind damit insbesondere in Gerechtigkeitsvorstellungen zu suchen und treten, wie diese Arbeit zu zeigen versucht hat, insbesondere dann offen zu Tage, wenn Betroffene gegen ein solches Vorhaben aufbegehren.

Noch wird dieser Konflikt primär auf jener individuellen Ebene der Tagebaubewohner:innen ausgetragen. Dass die vorgebrachten Umweltgerechtigkeitsansprüche jedoch bereits medial rezipiert werden, deutet eine erste Verschiebung dieser Handlungslast an. Diese Verschiebung kann als Teil der aktuell debattierten »Rechtswende« (Savaresi/Setzer 2022; Schomerus 2021) aufgefasst werden. Die Kämpfe um Klimagerechtigkeit verlagern sich aus der Grube ins Gericht und spiegeln die sich verstärkende gesellschaftliche Auseinandersetzung im Umgang mit der Klimakrise. Mit Blick auf die Zukunft wird der Konflikt um Eigentum, energiepolitische Notwendigkeit des Tagebaus und Allgemeinwohl möglicherweise auf juristischer Ebene als letzter und bindender Entscheidungsinstanz entschieden werden.

Literaturverzeichnis

- Adams, Alison E./Shriver, Thomas E./Longest, Laden (2020): »Symbolizing Destruction. Environmental Activism, Moral Shocks, and the Coal Industry«, in: *Nature and Culture* 15(3), S. 249–271.
- Agyeman, Julian/Schlosberg, David/Craven, Luke/Matthews, Caitlin (2016): »Trends and Directions in Environmental Justice: From Inequity to Everyday Life, Community, and Just Sustainabilites«, in: *Annual Review of Environment and Resources* 41, S. 321–340.
- Ballard, Chris/Banks, Glenn (2003): »Resource Wars. The Anthropology of Mining«, in: *Annual Review of Anthropology* 32, S. 287–313.
- Barbosa, Luciana M./Walker, Gordon (2020): »Epistemic injustice, risk mapping and climatic events: Analysing epistemic resistance in the context of favela removal in Rio de Janeiro«, in: *Geographica Helvetica* 75, S. 381–391.
- Bosse, Jana (2015): »Analyse: Kein Land mehr für Kohle – Kohleausstieg ist Handarbeit«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 28(4), S. 394–399.
- Brock, Andrea (2020): »Securing accumulation by restoration – Exploring spectacular corporate conservation, coal mining and biodiversity compensation in the German Rhineland«, in: *Nature and Space* 0(0), S. 1–32.
- Brock, Andrea/Dunlap, Alexander (2018): »Normalising corporate counterinsurgency: Engineering consent, managing resistance and greening de-

- struction around the Hambach coal mine and beyond«, in: *Political Geography* 62, S. 33–47.
- BUND NRW (2021): *Verheizte Heimat. Dörfer auf der Roten Liste*, o.O.: Eigenverlag, URL: https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2021_Verheizte_Heimat_Liste_der_Umsiedlungen_im_Rheinland.pdf [abgerufen am 03.12.2021].
- Conde, Marta/Le Billon, Philippe (2017): »Why do some communities resist mining projects while others do not?«, in: *The Extractive Industries and Society* 4, S. 681–697.
- Deutscher Naturschutzring (2016): *Bergbau in Deutschland*, Berlin: Eigenverlag, URL: https://www.dnr.de/fileadmin/Projekte/Rohstoffpolitik_2.0/Publikationen_PDF/Bergbaukarte_Deutschland.pdf [abgerufen am 03.12.2021].
- Dietz, Kristina/Roa, Maria C. (2021): »Konflikte um Bergbau und Umweltdemokratie in Kolumbien«, in: Stefan Peters/Eleonora Rohland/Olaf Kaltmeier/Hans-Jürgen Burchard/Christina Schnepel (Hg.), *Krisenklima: Umweltkonflikte aus lateinamerikanischer Perspektive*, Baden-Baden: Nomos, S. 67–84.
- Ess, Julia (2019): »Re-Location: Urban and architectural analysis of resettlement practices in the brown coal mining area of Welzow-Süd in East Germany«, in: *SHS Web of Conferences* 63/MODSCAPES 2018, S. 13002.
- Flor, Valeska (2016): »Dörfer im Fokus. Skizzen über Veränderungsprozesse im ländlichen Raum«, in: VR-Institut für Landeskunde und Regionalforschung (Hg.): *Alltag im Rheinland. Sonderheft 2016*, Bonn: VR-Institut für Landeskunde und Regionalforschung.
- Flor, Valeska (2018): »Erzählmacht ist Handlungsmacht ist Deutungsmacht. Coping und Adjustment im Umsiedlungsprozess«, in: *Fabula* 59(1-2), S. 70–91.
- Frantál, Bohumil (2016): »Living on coal: Mined-out identity, community displacement and forming of anti-coal resistance in the Most region, Czech Republic«, in: *Resources Policy* 49, S. 385–393.
- Frederiksen, Tomas/Himley, Matthew (2020): »Tactics of dispossession: Access, power, and subjectivity at the extractive frontier«, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 45, S. 50–64.
- Gailing, Ludger/Leibenath, Markus (2012): »Von der Schwierigkeit, »Landschaft« oder »Kulturlandschaft« allgemeingültig zu definieren«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 70, S. 95–106.

- Geertz, Clifford (1987): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gisbertz, Olaf (1994): »Garzweiler Vereine. Zur Rolle von Vereinen während der Dorfumsiedlung«, in: Adelheid Schrutka-Rechtenstamm (Hg.): *Was bleibt, ist die Erinnerung. Volkskundliche Untersuchungen zu Dorfumsiedlungen im Braunkohlerevier, Erkelenz: Kehren*, S. 53–75.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1967): *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*, New York: Aldine.
- Goodman, James/Marshall, Jonathan/Pearse, Rebecca (2016): »Coal, climate and development: comparative perspectives«, in: *Energy Policy* 99, S. 180–183.
- Heiland, Stefan (2017): »Perspektiven der Landschaftsplanung«, in: Wolfgang Wende/Ulrich Walz (Hg.): *Die räumliche Wirkung der Landschaftsplanung. Evaluation, Indikatoren und Trends*, Wiesbaden: Springer Spektrum, S. 169–192.
- Hein, Jonas/Dünnckmann, Florian (2020): »Narratives and practices of environmental justice«, in: *DIE ERDE – Journal of the Geographical Society of Berlin* 151(2-3), S. 59–66.
- Hirschauer, Stefan (2001): »Ethnographisches Schreiben und die Schweigsamkeit des Sozialen. Zu einer Methodologie der Beschreibung«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 30(6), S. 429–451.
- Hofmann, Manfred (1975): »Folgen der Grundwasserabsenkung im Moerser Land. Auswirkungen auf das Wechselwirkungsgefüge der Geofaktoren und die landwirtschaftliche Nutzung«, in: *ERDKUNDE* 29(3), S. 173–182.
- Jansen, Dirk/Schubert, Dorothea (2014): »Zukunft statt Braunkohle. 30 Jahre Widerstand gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II«, Düsseldorf: BUND, URL: https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2014_05_ZukunftstattBraunkohle30JahreWiderstandGarzweilerII_web.pdf [abgerufen am 03.12.2021].
- Von Jorek, Gerrit (2008): *Die Ökologiebewegung – eine Fallstudie anhand der Hambach-Gruppe*, unveröffentlichte Studienarbeit/Seminar Umweltsoziologie, Köln: Albertus Magnus Universität zu Köln.
- Kehren, Georg (1994): »Widerstand gegen den Braunkohlenabbau in Erkelenz. Eine Quellenanalyse«, in: Adelheid Schrutka-Rechtenstamm (Hg.): *Was bleibt, ist die Erinnerung. Volkskundliche Untersuchungen zu Dorfumsiedlungen im Braunkohlerevier, Erkelenz: Kehren*, S. 115–147.

- Kemp, Deanna/Owen, John R./Collins, Nina (2017): »Global perspectives on the state of resettlement practice in mining«, in: *Impact Assessment and Project Appraisal* 35(1), S. 22–33.
- Kesselring, Rita (2018): »At an Extractive Pace: Conflicting Temporalities in a Resettlement Process in Solwezi, Zambia«, in: *The Extractive Industries and Society* 5(2), S. 237–244.
- Kivinen, Sonja/Kotilainen, Juha/Kumpula Timo (2020): »Mining conflicts in the European Union: environmental and political perspectives«, in: *Fennia* 198, S. 163–179.
- Kolde, Lisa/Wagner, Oliver (2021): »Die Politische Ökonomie des Strukturwandels: Konzeptualisierung einer ›Just transition‹ im Rheinischen Braunkohlerevier«, in: *Momentum Quarterly. Zeitschrift für sozialen Fortschritt* 10(1), S. 48–65.
- Lerner, Steve (2012): *Sacrifice Zones. The Front Lines of Toxic Chemical Exposure in the United States*. Massachusetts: MIT Press.
- Mandishekwa, Robson/Mutenheri, Enard (2020): »Mining-Induced Displacement and Resettlement: An analytical Review«, in: *Ghana Journal of Development Studies* 17(1), S. 114–140.
- Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2021): *Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier Kohleausstieg entschlossen vorantreiben, Tagebaue verkleinern, CO₂ noch stärker reduzieren*, Düsseldorf: Eigenverlag, URL: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/gremien/braunkohlenausschuss/leitentscheidung/leitentscheidung_2021.pdf [abgerufen am 03.12.2021].
- Morton, Tom (2021): »Contesting Coal, Contesting Climate: Materializing the Social Drama of Climate Change in Australia and Germany«, in: *Environmental Communication* 15(4), S. 465–481.
- Müller, Katja (2017): »Heimat, Kohle, Umwelt. Argumente im Protest und der Befürwortung von Braunkohleförderung in der Lausitz«, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht* 3, S. 213–228.
- Müller, Katja (2019): »Mining, time and protest: Dealing with waiting in German coal mine planning«, in: *The Extractive Industries and Society* 6, S. 1–7.
- Oei, Pao-Yu/Rieve, Catharina/Von Hirschhausen, Christian/Kemfert, Claudia (2019): »Ergebnis vom Kohlekompromiss: Der Hambacher Wald und alle Dörfer können erhalten bleiben«, in: *DIW Berlin: Politikberatung kompakt* 132.

- Özkaynak, Begüm/Rodríguez-Labajos, Beatriz/Aydin, Cem İskender (2015): Towards environmental justice success in mining resistances (=EJOLT Report, Band 14), Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.612926.de/diworkompakt_2019-132.pdf [abgerufen am 03.12.2021].
- Rieve, Catharina/Herpich, Philipp/Brandes, Luna/Oei, Pao-Yu/Kemfert, Claudia/von Hirschhausen, Christian (2021): Kein Grad weiter – Anpassung der Tagebauplanung im Rheinischen Braunkohlerevier zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze (=DIW Berlin: Politikberatung kompakt, Band 169), Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.819609.de/diworkompakt_2021-169.pdf [abgerufen am 03.12.2021].
- RWE AG (o.J.): Umsiedlungen im Rheinland, Essen/Köln: Eigenverlag, URL: <https://www.rwe.com/-/media/RWE/documents/10-nachbarschaft/umsiedlung/Umsiedlungen-im-Rheinland-Partnerschaft-sichert-Sozialvertraeglichkeit.pdf> [abgerufen am 13.11.2021].
- Sander, Henrik (2016): »Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland.: Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 46(184), S. 403–421.
- Savaresi, Annalisa/Setzer, Joana (2022): »Rights-based litigation in the climate emergency. Mapping the landscape and new knowledge frontiers«, in: Journal of Human Rights and the Environment 13(1), S. 7–34.
- Schelmbach, Raphael (2011): »How do radical climate movements negotiate their environmental and their social agendas? A study of debates within the Camp for Climate Action (UK)«, in: Critical Social Policy 31(2), S. 194–215.
- Schlosberg, David (2004): »Reconceiving Environmental Justice: Global Movements And Political Theories«, in: Environmental Politics 13(3), S. 517–540.
- Schomerus, Thomas (2021): »Die Feststellung der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler II nach § 48 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) – rechtspolitisch verfehlt und verfassungswidrig?«, in: Natur und Recht 43(6), S. 378–386.
- Scott, Dayna N./Smith, Adrian A. (2017): »»Sacrifice Zones« in the Green Energy Economy: Toward an Environmental Justice Framework«, in: McGill Law Journal 62, S. 861–898.
- Tang, Wei/Motagh, Madhi/Zhan, Wei (2020): »Monitoring active open-pit mine stability in the Rhenish coalfields of Germany using a coherence-

- based SBAS method«, in: *International Journal of Applied Earth Observation and Geoinformation* 93(192217).
- Tesh, Sylvia N./Williams, Bruce A. (1996): »Identity Politics, Disinterested Politics, and Environmental Justice«, in: *Polity* 28(3), S. 285–305.
- Tilly, Charles (2008): *Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Urkidi, Leire/Walter, Mariana (2011): »Environmental Justice and Large-Scale Mining«, in: Ryan Holifield/Jayajit Chakraborty/Gordon Walker (Hg.): *The Routledge Handbook of Environmental Justice*, London: Routledge, S. 374–387.
- Urkidi, Leire/Walter, Mariana (2017): »Dimensions of environmental justice in anti-gold mining movements in Latin America«, in: *Geoforum* 42(6), S. 683–695.
- Walker, Gordon (2012): *Environmental Justice: Concepts, Evidence and Politics*, London: Routledge.